

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Veramtlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 287.

Freitag, den 7. Dezember 1917.

24. Jahrg.

Offene Kampfansagen.

Unter einem Andrang, wie ihn der preussische Landtag noch nicht gesehen hat, begann am Mittwoch die erste Lesung der Wahlrechtsvorlagen. Nach einigen verbindlichen und geschickten Einleitungsworten des Grafen Hertling, der sich als preussischer Ministerpräsident vorstellte, entwickelte der Minister des Innern Dr. Drews die Gründe des Regierungsvorwurfs. Drews ist kein „beliebiger Bureaucrat“, sondern ein ehrlicher und entschlossener Wahlrechtsminister. Wenn wirklich, wie Hans Delbrück neulich meinte, das Schicksal der Vorlage davon abhinge, daß der Minister nicht mit der Wimper zuckt, dann würde ihre Annahme wohl sicher sein; aber man darf sich nicht der Täuschung hingeben, daß die Junter vor ein wenig Ministerfertigkeit zurückweichen werden; das Volk selbst wird wohl erst zeigen müssen, wie fest es hinter der Forderung des gleichen Wahlrechtes steht.

Drews umschrieb zunächst die bekanntlich ausgezeichnete schriftliche Begründung des Wahlreform-Entwurfs. Er gab zu, daß es eine zwingende logische Begründung für kein Wahlrecht gebe, da man keinen Maßstab habe, den Wert und die Leistung jedes einzelnen für den Staat zu messen. Aber nur das gleiche Wahlrecht könne dem preussischen Volke Liebe, Hingabe und Vertrauen zum Staat einflößen. Deshalb habe es die Krone wiederholt feierlich versprochen, deshalb müsse es verwirklicht werden. Über darüber hinaus gab Drews zwei wichtige Erklärungen ab. Jedes Plural-Wahlrecht trägt mit seinen Mehrstimmen für die Regierung den Charakter eines Klassenwahlrechtes, für das in Preußen kein Raum mehr ist. Und jedes Formal- — gleiches — Wahlrecht, welches nicht für das ganze Volk, sondern nur einzelne Stände zur Abstimmung ruft und so ein Parlament nach Verufen schafft, ist gleichfalls für sie unannehmbar. Die Regierung versteht das Versprechen des gleichen Wahlrechtes im Sinne der Übertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen und ist entschlossen, alle ihre zu Gebot stehenden verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden, um es in Preußen durchzusetzen.

Diese kräftigen Worte des Wahlrechtsministers fanden auf der Rechten, die Hertlings Bitte um Mitwirkung mit treulichem Schweigen aufgenommen hatte, stürmischen Widerspruch. Den ganzen Vortag über die kraftvolle Entschlossenheit des Wahlrechtsministers drückte Heidebrand, der konservative Wortführer, alsbald in den ersten Worten seiner Rede aus, als er jenem entgegenete, mit solchen allgemeinen Redensarten könne man auch die Einführung der Republik in Preußen begründen.

Im übrigen operierte Heidebrand sehr merkwürdig. Er sprach über das Wahlrecht so kurz und vorsichtig wie möglich. Er betonte die plötzliche weit gehende Bereitschaft der Konservativen zur gründlichen Reform des Dreiklassen-Wahlrechtes; nur das gleiche Wahlrecht lehnten sie einstimmig ab. Dann aber verwandte er den Hauptteil seiner Rede darauf, zwischen Krone und Volk neue Mißverständnisse zu entfachen und Preußen gegen andere Bundesstaaten auszuspielen. Gewiß habe die Krone die Wahlreform versprochen, aber in verschiedenen Stappen; das sei ein Beweis, daß die Ankündigung des gleichen Wahlrechtes ihr nur unter Ausnutzung der schweren Notlage des Reiches abgepreßt worden sei. Darüber hinaus habe Hertling Kronrechte preisgegeben, als er sich vom Reichstag ein Programm und eine Anzahl Minister aufzwingen ließ. Preußen sei dadurch, daß Deutschland geradenwegs auf das parlamentarische System zusteure, verraten und verkauft. Heidebrand schloß mit der scharfen Erklärung, daß die Konservativen auf jede Gefahr hin, selbst wenn sie vorübergehend politische Niederlagen erlitten, den Kampf gegen die Demokratisierung Deutschlands fortsetzen würden.

Heidebrand sprach wie stets außerordentlich wirksam. Nur einige wichtige Zwischenrufe beeinträchtigten die Wirkung seiner Worte. So mußte er, als er sehr pathetisch versicherte, auch die Konservativen hätten Vertrauen zum Volk, die Entgegnung hinnehmen, aber das Volk kein Vertrauen zu den Konservativen. Und als er in den höchsten Tönen beklagte, die Regierung habe Direktiven angenommen von einer Mehrheit, scholl es dagegen: die nicht konservativ ist. So ging es während dieser Kampfrede gegen das gleiche Wahlrecht aufgeregt hin. Hertling antwortete sofort und bestritt sehr geschickt, seine persönliche Überzeugung oder die Vorrechte des Kaisers irgendwie beeinträchtigt zu haben; er wies diesen Vorwurf zurück ohne daß jachlich seine Verständigung mit den Mehrheitsparteien des Reichstages irgendwie preisgegeben.

Aber dies alles war Beiwert. Der Kern des Streites ist nur das gleiche Wahlrecht und nichts anderes. Drews hatte das richtig erkannt. Ueber die Anständigkeitsklausel sagte er nur den einen kurzen Satz, er habe sie aus dem Wahlrecht Württembergs genommen. Sonst aber hielt er fest auf den Zielpunkt des gleichen Rechtes zu. Als der Finanzminister Hergt in einer langen Rede die neuen etatrechtlichen Bestimmungen begründen wollte, hörte kein Mensch zu. In der Tat bewies er, daß die Vorlage von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung sind. Heidebrand mußte genau, daß alles sich nur um das gleiche Wahl-

recht dreht, und daß gerade die Stellung der Konservativen in diesem Punkte unhaltbar schwach ist. Deshalb lenkte er ab auf die Stellung der Krone, auf den Parlamentarismus, auf die Polenpolitik, auf die Friedens-Resolution, auf Hertlings Herkunft aus Bayern und Bayerschwäbische Abstammung, auf hundert andere Dinge. Dieses Ablenkungsmanöver darf niemanden verwirren. Es geht ums gleiche Wahlrecht, ums Wahlrecht der Feldgrauen und der Kriegsbekämpften, und um sonst gar nichts.

Wider willen hat das Abgeordnetenhaus schon heute diese Erkenntnis mächtig gefördert, indem es lebhaft wurde, sobald das Wahlrecht an der Reihe war, und bei allen anderen Fragen teilnahmslos blieb. Das ist umso wichtiger, als die Aussichten für das gleiche Wahlrecht im Abgeordnetenhaus nicht günstig stehen. Kommt es zum offenen Konflikt, wie wahrscheinlich, dann wird alles davon abhängen, die eine einzige entscheidende Frage scharf herauszuarbeiten. Allem Anscheine nach ist die Regierung jetzt wahlrechtsentschlossen. Öffentlich ist auch das Volk für den Wahlrechtskampf auf den Posten.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Donnerstag die erste Lesung der Wahlrechtsvorlagen fort. Der nationalliberale Abg. Dr. Lohmann gab der Ansicht Ausdruck, daß, wenn die Regierung schon früher die Führung im Wahlrechtskampf übernommen hätte, die Schwierigkeiten heute geringer sein würden. Die Schuld liege aber nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei denjenigen Parteien und Personen, welche die Reform verhindert hätten, vor allem bei den Konservativen. Ueber die Stellung seiner Freunde könne er sich noch nicht endgültig äußern. Dem Willen der neuen Zeit würde sich niemand entziehen. Einige seiner Freunde seien unter der Wirkung des Krieges für das gleiche Wahlrecht gewonnen worden; aber auch sie wünschten Sicherheiten dagegen, daß die gebildeten und besitzenden Schichten nicht einfach von den Massen erdrückt werden. Die große Mehrheit seiner Freunde habe jedoch schwere Bedenken gegen das gleiche Wahlrecht.

Abg. Ströbel (U. S.), der nach Lohmann zu Wort kam, übte gleichfalls Kritik an der Vorlage, wobei er allerdings von wesentlich anderen Gesichtspunkten ausging. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß die Vorlage nur Flickwerk sei, sie sei Schein- und Kaugold. Die Regierung sei auf halbem Wege stehen geblieben. Eine wirkliche Reform könne er in der Vorlage nicht erblicken. Ganz besonders wandte er sich gegen die Absichten auf Reformierung des

Herrenhauses, dessen völlige Beseitigung er verlangte und gegen die Erweiterung der Machtbefugnisse des Hauses. Den größten Teil seiner fast zweistündigen Rede füllte eine Besprechung der Kriegsziele aus, wie sie sich die unabhängige Sozialdemokratie gestellt hat. Ströbel zog sich hierbei einmal einen Ordnungsruf zu und wurde auch sonst wiederholt von stürmischer Entrüstung auf der Rechten unterbrochen.

Nach Ströbel griff der Vizepräsident Dr. Friedberg in die Debatte ein. Seine Rede war darauf berechnet, sowohl den Widerstand der Konservativen, als auch der Nationalliberalen und des Zentrums gegen ein gleiches Wahlrecht zu brechen. Man muß zugeben, daß er sich als langjähriger Parlamentarier in recht geschickter Weise seiner Aufgabe unterzog. Er bemühte sich, die dem gleichen Wahlrecht abholden und für ein Pluralwahlrecht schwärmenden Parteien mit ihren eigenen Waffen zu schlagen, indem er ihnen die Gründe vorhielt, die sie selbst früher gegen ein Pluralwahlrecht ins Feld geführt haben. Den größten Trumph behielt er sich bis zuletzt vor, als er auf den Druck hinwies, den die Wähler auf die Reichstagsabgeordneten ausüben würden und die Gefahr schilderte, die für die bürgerlichen Parteien daraus erwachsen würde, wenn inselge Ablehnung des gleichen Wahlrechtes die Sozialdemokratie im Reichstage verstärkt würde.

Abg. Freiherr v. Jedlich wandte sich besonders scharf gegen jedes Eingreifen des Reichstages in die inneren Angelegenheiten Preußens, und Abg. Senba (Polen) traf, wie es die Polen von jeher getan haben, für das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ein. — Hierauf wurde die Debatte auf Freitag vertagt.

Die beiden ersten Verhandlungstage sind gerade nicht geeignet, die Hoffnungen auf eine durchgreifende freiheitliche Reform des Dreiklassenwahlrechtes durch das Abgeordnetenhaus zu heben. 148 entschlossenen Gegnern des freien Wahlrechtes stehen nur 57 unbedingte Anhänger entgegen. Die Entscheidung liegt bei den 54 Freikonserverativen, den 73 Nationalliberalen und den 103 Zentrumsleuten. Die letzteren haben viele Gegner in ihren Reihen, die Nationalliberalen haben wiederum bewiesen, daß sie nichts anderes als schwankende Gestalten sind. Und die Freikonserverativen? Wer sich auf sie verläßt, ist verlassen genug. Die Aussichten sind also sehr gering. Ob es trotzdem gelingen wird, durch die Verhandlungen im Ausschuß, dem auch ein Angehöriger der sozialdemokratischen Fraktion angehört, etwas Erprobliches herauszuholen, muß abgewartet werden. Wir zweifeln daran!

Zehn Tage Waffenstillstand im Osten.

Wie der gestrige Heeresbericht meldet, ist für die gewaltige Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, sowie auf den türkisch-russischen Kriegsschauplätzen auf zehn Tage, am heutigen Freitag beginnend, Waffenruhe vereinbart worden. Weiter heißt es, daß die Verhandlungen in einigen Tagen fortgesetzt werden.

Während dieser zehn Tage werden sich die Unterhändler mit weiteren Informationen über den abzuschließenden Waffenstillstand versehen. Weiter aber wird die russische Regierung das entscheidende Votum der am 11. zusammentretenden Nationalversammlung einholen. Dieses Votum wird, woran heute kaum mehr gezweifelt werden kann, sich für den Frieden aussprechen. Und auf dieser Grundlage werden die Verhandlungen ihren weiteren Fortgang nehmen, ob nun mit — was wir natürlich wünschen möchten — oder ohne die übrigen Ententestaaten.

In England will man übrigens an die Einleitung auch von Rumänien gewünschter Waffenstillstandsverhandlungen nicht glauben. Amtlich wird nämlich aus London gemeldet: „In Wien wurde heute amtlich bekannt gemacht, daß der Kommandant der russisch-rumänischen Truppen sich an den österreichischen Kommandanten mit dem Ersuchen gewandt habe, Waffenstillstandsverhandlungen zu eröffnen. In dieser schamlosen Mitteilung ist kein wahres Wort.“ — Diese „schamlose“ Mitteilung ist nun aber doch wahr, wie der Abschluß der zehntägigen Waffenruhe auch an der rumänischen Front beweist. Was wird man nun in England sagen?

Zu den Waffenstillstands-Verhandlungen wird aus Petersburg noch gemeldet: In den Regierungsgebäuden und dem Smolny-Institut verlaute, daß die Deutschen nicht so leicht mit sich verhandeln lassen, wie man erwartet

hatte. Eins sei klar, und ganz Rußland ist der Ansicht, daß der Krieg um jeden Preis eingestellt werden muß. Selbst das Organ der sozialrevolutionären Partei (Gemäßigte und Gegner der Bolschewiki) schreibt in diesem Sinne. Trocki sagte, daß über den Aufenthalt der ausländischen Militärattachés im Hauptquartier nichts bekannt sei. Man nimmt an, daß sie nach Kiew gegangen sind. Weiter erklärte er, Deutschland sei davon verständigt worden, daß, wenn es zum Waffenstillstand komme, es keine Truppen nach der Westfront werfen dürfe, um die Engländer und Franzosen zu zerschmettern, während die Friedensverhandlungen andauern.

Die Kriegslage.

Die englische Niederlage bei Cambrai.

Unter ungeheuren Verlusten erlitten die Engländer am 5. Dezember auf dem Schlachtfelde von Cambrai eine schwere Niederlage.

Nach dem blutigen Scheitern der 16 großen Flandernschlachten, die nach englischem Eingeständnis der Eroberung der deutschen U-Boot-Basis galten, in denen die Blüte des englischen Heeres nutzlos geopfert wurde, wollten die Engländer mit ihrer Offensiv auf Cambrai noch einmal versuchen, die Entscheidung zu ihren Gunsten herbeizuführen. Sie spielten va banque. Nach dem anfänglichen Geländegewinn, den die Gloden St. Pauls dem englischen Volke als großen Sieg verkündeten, gestaltete sich dieser angebliche Erfolg zu einem schweren Zusammenbruch der englischen Hoffnungen. Durch unsere am 30. November einsetzenden dauernden Gegenstöße und unser anhaltendes Artilleriefeuer und zermürbt durch den steten Geländeverlust des teuer erkaufte Bodens vermochte der Engländer dem Druck der deutschen Truppen nicht mehr standzuhalten. Er wich aus einem großen Teile seiner Stellungen nach schweren Verlusten zurück. Unser konzentrisches Feuer von drei Seiten dezimierte die dicken Kolonnen des weichen Feindes. Im scharfen Nachdrängen nahmen unsere Truppen die Dörfer Graincourt und Anneux, und eroberten ferner Cantain, Noelle, sowie das beherrschende Höhen-gelände des Bois de Neufs. Auch südlich von Maroing wurden im Handgranatenkampfe ebenfalls unsere Linien weiter vorgeschoben.

